

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 40

Charlottenburg, Freitag, den 2. Oktober 1914

Jahrg. 41

Bekanntmachung.

Die Notstands-Unterstützung ist in der bisherigen Höhe für diese Woche, bis zum 3. Oktober, weiter zu zahlen.
Der Vorstand.

Vorschläge zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit.

Ueber die Mittel und Möglichkeiten, die zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit ergriffen werden können, wurden in einer Besprechung zwischen den Vertretern aller in Frage kommenden Reichsämter und der preussischen Ministerien, die am 19. August stattfand, eine Reihe von Richtlinien aufgestellt. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtete in der Nummer vom 6. September das Wesentlichste. Die Vorschläge erstrecken sich auf Mittel zur zweckmäßigen Verteilung der vorhandenen Arbeitsmenge, auf Mittel zur Beschaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit und auf Mittel gegenüber der großstädtischen Arbeitslosigkeit.

Durch Zusammenarbeiten aller örtlichen Arbeitsnachweise von Arbeitgebern, Arbeitern, Korporationen usw. mit dem öffentlichen Arbeitsnachweise soll dafür gesorgt werden, daß der örtliche Arbeitsbedarf schnell gedeckt wird. Soweit diese Deckung örtlich nicht möglich ist, sollen die Verbandsnachweise für ihren Bezirk möglichst in Fühlung mit den wirtschaftlichen Vertretungen und Verbänden aller Richtungen die Ausgleichung herstellen. Ist dann in einem Verband Arbeiternachfrage oder Ueberschuß auch nach Benehmen mit dem Nachbarverbände nicht auszugleichen, so wird die Reichszentrale der Arbeitsnachweise für die Ausgleichung bemüht sein.

Wo Behörden freiwillige Kräfte als Boten, Schreibpersonal usw. eingestellt haben, sollen diese unverzüglich entlassen und durch bezahlte Kräfte ersetzt werden, solange arbeitsfähige Arbeitslose vorhanden sind. Die Unterrichtsverwaltungen sollen mit der Beurlaubung von Lehrkräften und Schülern zurückhaltend sein und sie nur in Notfällen gestatten.

Auch Privatunternehmer sollen darauf hingewiesen werden, daß es gegenüber der bevorstehenden großen Arbeitslosigkeit patriotischer ist, bezahlte Kräfte einzustellen, als sich freiwilliger Helfer zu bedienen, ganz abgesehen davon, daß bei dem Unfall eines ungeübten Helfers aus der Hafspflicht erhebliche Lasten erwachsen können.

Die Behörden sollen nach Möglichkeit auf die freiwilligen Organisationen der Liebestätigkeit einwirken, daß sie grundsätzlich ihre Arbeiten möglichst durch bezahlte Kräfte ausführen lassen und sich für die Leitung und die Organisation ehrenamtlicher Kräfte bedienen.

In privaten Dienstverhältnissen bei Behörden beschäftigte Personen, die als pensionierte Offiziere pp. oder Arbeiter, die als Reichsrentner ein Nebeneinkommen haben, oder weibliche Hilfskräfte, für die als Töchter von Beamten auch ohne ihre Arbeit ihr Lebensunterhalt gesichert ist, können jetzt nicht ohne weiteres entlassen werden. Dagegen sollen keine derartigen Kräfte neu eingestellt werden, sondern möglichst nur solche, die kein anderes Einkommen haben.

So berechtigt die Zurückhaltung in Luxusausgaben und und so verständlich die Einschränkung der Haushaltung ist, so sollte doch immer wieder darauf hingewiesen werden, daß zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens jeder einzelne nach seiner

Kraft zunächst seinen eigenen Haushalt in gewohnter Ausdehnung fortführen muß. Wer bisher bezahlte Kräfte als Diensthoten, Wäscherinnen, Kinderfräulein usw. in seinem Hause beschäftigt hat, soll dies daher nach wie vor tun. Wer Aufträge vergeben kann, soll damit nicht zurückhalten und z. B. demnächst die Wintersachen einkaufen. Hausfrauen sollen den von ihnen beschäftigten Schneiderinnen jetzt Ausbesserungsarbeiten pp. übertragen.

Die Voraussetzungen, ob ein Betrieb die nötigen gelernten Arbeiter und die erforderlichen Rohstoffe zurzeit erhalten kann und ob er seine Waren auch absetzen kann, sind in diesem Zusammenhang nicht zu prüfen. Für viele Betriebe treffen diese Voraussetzungen zu. Die Behörden sollen vor allem durch die Handels- oder sonstige Vertretungen die Unternehmer darauf hinweisen, ihre Betriebe möglichst aufrecht zu erhalten und, wo angängig, auf Lager oder mit verkürzter Arbeitszeit zu arbeiten. Ferner sollen Unternehmer ihre technischen und kaufmännischen Angestellten, wenn irgend möglich, nicht entlassen, sondern sich nötigenfalls mit ihnen über Gehaltskürzungen einigen. Namentlich soll auf die Verkehrsanstalten zur Aufrechterhaltung ihres vollen Betriebes eingewirkt werden. Betrieben, die für Behörden arbeiten, soll man, da Zahlungen jetzt vielfach schwer eingehen, nach Möglichkeit weitgehend entgegenkommen und auch größere Raten und zu früheren Terminen zahlen, wenn die betreffenden Behörden dies glauben verantworten zu können. Soweit Gewerbe darunter leiden, daß ihnen die Rohmaterialien jetzt nur zu erhöhten Preisen oder nur gegen Barzahlung geliefert werden, sollen die Behörden auf die entsprechenden Rohstoffverbände, Kartelle, Handelskammern, Handwerkskammern usw. dagegen einwirken. Auch der Kriegsausbruch der Industrie und die Kartellorganisationen haben in dieser Beziehung Aufgaben zu lösen und unangemessene Bestrebungen von einzelnen wie Organisationen im Allgemeininteresse nach Möglichkeit entgegenzutreten.

Die großen Auftraggeber, wie Reichs- und Staatsverwaltungen, Kommunen, Kreise usw., sollen ihren Bedarf gleichmäßig über längere Zeiten verteilen, um eine längere Beschäftigung der Betriebe an Stelle einer hastigen Arbeit für kurze Zeit zu erreichen.

Damit möglichst viele Personen Beschäftigung erhalten können, soll gegenwärtig grundsätzlich keine Ueberarbeit gemacht werden. Aus dem gleichen Gesichtspunkt erscheint es geboten, daß Behörden, besonders auch Kommunalverwaltungen, ferner Körperschaften und Private ihren Angestellten Arbeit nicht mehr nach Hause geben und diese Arbeit an Beschäftigungslose übertragen, deren es unter den Handlungsgehilfen sehr viele gibt.

Es soll darauf hingewirkt werden, daß Behörden und private Betriebe bei Beschäftigungsmangel möglichst keine Arbeitskräfte entlassen, sondern statt dessen die vorhandenen kürzere Zeit zu entsprechend verringerten Löhnen beschäftigen oder auch Feierschichten einlegen. Soweit es möglich ist, sollen die Betriebe dazu übergehen, kürzere Arbeitsschichten einzuführen und dadurch mehr Arbeiter einzustellen. Auch bei städtischen Betrieben, wie Gasanstalten, Wasserwerken usw., wird dies in gewissem Umfang möglich sein.

Vermehrte Arbeitsgelegenheit ist durch Betätigung öffentlicher Körperschaften zu schaffen und zwar durch Inangriffnahme und Weiterführung aller erforderlichen Arbeiten, durch Aufbrauchen der bewilligten Kredite und dadurch, daß an Straf- anstalten keine Aufträge gegeben werden.

In vielen Teilen Deutschlands sind große Moore und Debländereien vorhanden, zu deren Urbarmachung die Projekte in den Ministerien teilweise schon fertiggestellt sind. Sie werden sofort in Angriff genommen werden, soweit die landwirtschaftlichen Verwaltungen besondere Fonds hierfür haben oder soweit ihnen von den Finanzverwaltungen die Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Einzelne Teile der Industrie, die für den Heeresbedarf arbeiten, haben während des Krieges starke und dauernde Beschäftigung. Auch die Nahrungsmittelgewerbe werden ausreichend und teilweise sogar übermäßig beschäftigt sein. Ebenso wird der Kohlenbergbau und auch einige andere Teile des Bergbaues, sobald die Transportmittel wieder mehr verfügbar sind, verhältnismäßig gute Beschäftigung haben. Auch den übrigen Gewerbebezügen werden die Aufträge der öffentlichen Körperschaften unmittelbar einen Anstoß geben. Diesen Anstoß weiter zu geben und für eine Vermehrung der gewerblichen Tätigkeit im allgemeinen zu sorgen, wird dann in erster Linie Sache des Kreis Ausschusses, der Industrie und der industriellen Verbände sein. Für die Aufrechterhaltung und Beschaffung des Kredits kann unter Mithilfe der Behörden durch Zusammenwirken der Interessenten nach dem Vorgang in einzelnen Orten und für den kleingewerblichen Personalkredit durch Stadtverwaltungen und Sparkassen und Genossenschaften viel geschehen.

Die Mittel gegenüber der großstädtischen Arbeitslosigkeit erstrecken sich auf Verhütung des Zuzugs, Förderung der Rückwanderung und Wohlfahrtseinrichtungen.

Die vorhandenen Wohlfahrtseinrichtungen sollen jetzt nicht zugunsten der Liebestätigkeit für die Krieger zurückgestellt sondern in alter Ausdehnung weitergeführt werden. Namentlich sollen in Großstädten z. B. Asyl usw. nicht ausschließlich für Lazarettzwecke benutzt werden, sondern wie bisher geöffnet bleiben, zumal wahrscheinlich mancherorts sich die Notwendigkeit ergeben wird, für Massenschlafgelegenheit zu sorgen, wenn den arbeitslosen Männern und Frauen ihre Schlafstellen gekündigt werden. Auch Massenspeisungen werden mancherorts nötig werden. Daß solche Unterstützungen, auch wenn sie wiederholt gewährt werden sollten, nicht als Armenunterstützung anzusehen sind und daher die politischen Rechte des Empfängers nicht beeinträchtigen, ist durch Rundschreiben des Reichskanzlers bereits klargestellt. Daß in dieser Zeit die städtischen Behörden mit den privaten Wohlfahrtseinrichtungen und allen anderen Organisationen in enger Fühlung arbeiten sollen, wurde als selbstverständlich betrachtet.

Stimmen aus der Kriegszeit.

(Schluß.)

Sogar das Blatt der Kohlenbarone und Schwerindustriellen, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zieht über das selbstsüchtige Streben nach materiellen Gewinn los und schreibt darüber:

„Das ist es, was unserer Zeit bisher fehlte: Idealismus. Gehen wir einmal ein wenig in uns. Wofür streben die Millionen, die unser Deutsches Reich bevölkern? Doch nur für materiellen Gewinn! Unsere Hauptmacht war der Handel, sein Wesen ist in allererster Linie nicht idealer Art. Er bezweckt die Bereicherung des einzelnen aus dem Besitz der anderen. Daß er nebenbei deutsche Kulturwerte ins Ausland trägt, dem geeinten Deutschen Reiche durch Zölle und Steuern Macht zuführt, der Wissenschaft und vielleicht auch der Kunst — das läßt sich nämlich bestreiten — Mittel zur Verfügung stellt, damit sie weiter schaffen kann, ist unleugbar; aber den Kaufmann möchte ich kennen lernen, der dies als Zweck seiner Handelsunternehmungen auf seine Fahne schreibt. Er will in erster Linie sich bereichern, und wenn er nachher sogenannten ideellen Gebieten seine erworbenen Schätze zur Verfügung stellt, so ist es in 999 von 1000 Fällen nicht aus Idealismus, sondern wieder aus praktischen egoistischen Erwägungen.“

Wir haben keine Veranlassung, den Handelsstand zu verteidigen, meinen aber, daß es auch außerhalb desselben nicht an Selbstsucht fehlt.

Die Zeitschrift „Das Vierzehnte Jahrhundert“ schreibt in einem Artikel:

„Möge die ehrliche Opferbereitschaft, die jetzt aus unserem ganzen Volke herausgeht, — und in ganz vorbildlicher Weise — aus den als „Vaterlandslose Gesellen“ verschrienen Angehörigen der Sozialdemokratie —, möge diese heilige Vaterlandsliebe, die seit bedingungslos alles einsetzt, wieder nicht, wie einst vor hundert Jahren, betrogen werden. Jetzt sind wir plötzlich gut demokratisch in allen Dingen geworden; wir haben ein Recht darauf, es dann auch im Frieden sein zu dürfen.“

Was die Sozialdemokratie am 4. August versprochen hat, hat sie bisher getreulich gehalten. Freudig sind die Sozialdemokraten zu den Fahnen gegangen, — sie stellen vermutlich bald die Hälfte unseres Kriegsheeres! Die Gewerkschaften arbeiten mit den Landwirtschaftskammern einmütig zusammen um die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte für die Ernennung zu organisieren. Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen haben sich mit ihrem gesamten Sanitätsmaterial dem Generalkommando zu Krankenpfliegerdiensten zur Verfügung gestellt. Die sozialdemokratischen Frauen haben sich bereit erklärt, mit ihren Organisationen mit der „bürgerlichen“ Hilfe Hand in Hand zu arbeiten. Das alles sind Dinge, die dieser Partei bei ihrer bekannten theoretischen Haltung und ihrer praktischen Bekämpfung des Militarismus — man denke an den erst vor kurzem gegen sie angestregten, im Sande verlaufenen Monstreprozeß wegen Heeresbeleidigung — zu unvergänglichem Ruhm gereichen und jeden Patrioten, der unter der Zerspaltung unseres Vaterlandes gelitten hat, aufs tiefste ergreifen müssen.“

Die Arbeiterschaft wird allerdings auf dem Posten bleiben müssen, damit nach dem Kriege eine solche arbeitserfeindliche Politik nicht wieder plaggreift, wie sie in der letzten Zeit bis zum Kriegsausbruch vorherrschend war. Da ist es vor allem Dingen notwendig, daß das arbeitende Volk seinen politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen die Treue bewahrt.

Die freisinnige „Frankfurter Zeitung“ schrieb am 3. September:

„Die Unterschiede zwischen den politischen und nationalen Parteien haben aufgehört. Wo die gleiche Pflicht besteht, sein Leben zu opfern, da sollen auch die Rechte gleich sein. Es ist schön und versöhnend, daß es seit Beginn des Krieges nur noch deutsche Brüder gibt, daß man nicht mehr fragt, welche Meinung der einzelne vom Staat hat. Das ist erst die Erfüllung der allgemeinen Wehrpflicht, und so ist die Hoffnung wohl nicht zu früh, daß uns durch die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes und seine Bereitwilligkeit dazu auch für den später kommenden Frieden das beschert werde, was zu der allgemeinen Wehrpflicht eng gehört, die freie und ungehinderte Mitwirkung aller Volksgenossen und aller Volksträfte zum Ausbau unserer nationalen Gemeinschaft und unserer nationalen Kultur.“

„Wo die gleiche Pflicht besteht, sein Leben zu opfern, da sollen auch die Rechte gleich sein.“ In Friedenszeiten war es bisher anders: da opferten nur die Arbeiter ihr Leben auf dem Schlachtfeld der Industrie, hatten aber nicht gleiche Rechte mit den Kapitalisten. Und die wenigen Rechte, die sie hatten, wurden ihnen noch auf alle mögliche Art beschnitten. Daß darin in Zukunft eine Besserung eintrete, das ist wohl der Wunsch jedes organisierten Arbeiters. Aber mit Wünschen ist nichts getan. Hier kann nur der Wille helfend eingreifen, der Wille jedes einzelnen Arbeiters, seine Organisation unter allen Umständen hochzuhalten.

Volkspflege-Kriegsversicherungskasse auf Gegenseitigkeit.

Mit Genehmigung des Kaiserlichen Aufsichtsamtes für Privatversicherung errichtet die Volkspflege Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg über die Dauer des Krieges 1914 eine

Volkspflege-Kriegsversicherungskasse a. G.

Der Zweck der Kasse ist, den Hinterbliebenen der im Felde Gefallenen und der durch Verwundung oder Krankheit infolge des Krieges Gestorbenen nach Beendigung des Krieges zur Ueberwindung der ersten Not eine größere Summe Geldes zur Verfügung zu stellen.

Das Risiko des Todes ist bei dem jetzigen Kriege für alle Beteiligten ein sehr großes.

Es ist deshalb für die Angehörigen aller Kriegsteilnehmer wichtig und empfehlenswert, sich durch Beteiligung an der Kriegsversicherungskasse für den eintretenden Fall den Anspruch auf eine beträchtliche Summe zu erwerben.

Die Volkspflege stellt diese Versicherungsmöglichkeit im Einverständnis mit der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und mit dem Vorstände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine allen Angehörigen und Freunden unserer ausmarschierten Kämpfer im ganzen Deutschen Reich in uneigennützigster Weise zur Verfügung.

Um die Beteiligung allen Kreisen zu ermöglichen, werden

Anteilscheine zu 5 Mk.

ausgegeben. Für einen zu Verschwendenden können nicht mehr als 20 Anteilscheine erworben werden.

Familienangehörige, Verwandte, Freunde, Arbeitgeber, Kollegen, Genossen, gewerkschaftliche, genossenschaftliche, politische oder gesellige Vereine können auf den Namen eines Kriegers zugunsten bestimmter Empfangsberechtigter Anteilscheine erwerben.

Die ganze, auf Anteilscheine eingegangene Summe wird nach Beendigung des Krieges ohne Abzug von Verwaltungskosten nach dem Verhältnis der Zahl der verstorbenen Kriegsteilnehmer und der für sie entnommenen Anteilscheine restlos aufgeteilt und an die Empfangsberechtigten zur Auszahlung gebracht.

Der Bezug und die Bezahlung der Anteilscheine kann bei dem Hauptbüro der Volksfürsorge in Hamburg 5, Beim Strohhause 38, und bei deren sämtlichen Rechnungsstellen in den größeren Orten des ganzen Deutschen Reiches erfolgen.

Die Vermittlung zur Erwerbung von Anteilscheinen übernehmen alle Orts- und Bezirksverwaltungen der der Generalkommission angeschlossenen Gewerkschaften sowie alle dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angehörenden Konsumvereine und deren Sekretariate.

Je größer die Zahl der Beteiligten, um so segensreicher das Resultat!

Die Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse a. G. ist aufgebaut auf dem sozialen Grundlag: Alle für einen und einer für alle.

Der glücklich mit dem Leben davontommende Krieger hilft der Familie des minderglücklichen Kameraden! Wer praktische Kriegshilfe für die Familien gefallener Krieger leisten will, der kaufe für sie Anteilscheine der Volksfürsorge-Kriegsversicherungskasse a. G. in Hamburg.



Hus unserem Berufe

Englische Steingutfabriken in Deutschland. Die Nr. 38 der „Ameise“ brachte unter diesem Titel eine Notiz darüber, daß die „Keramische Rundschau“ anlässlich des Krieges mit England aufforderte, vorzuschreiben, daß nur deutsches Steingut, jedoch keins aus den englischen Fabriken in Ratingen, Flörsheim und Wesel bei Bauten zu verwenden sei. Daran knüpften wir die Bemerkung, daß durch den Eifer der „Keramischen Rundschau“, die Geschäftsinteressen deutscher Kapitalisten zu vertreten, die in genannten 3 Steingutfabriken beschäftigten deutschen Arbeiter geschädigt würden.

Zu dieser Bemerkung schreibt die „Keramische Rundschau“ in Nr. 39:

„Die „Ameise“ übersieht, daß die deutschen Sanitätssteingutfabriken die jetzt in mit englischem Gelde arbeitenden Fabriken tätigen deutschen Arbeiter sämtlich beschäftigen können, wenn ihnen die Aufträge zufließen, die bisher die englischen Fabriken in Deutschland erhielten; daß sie darüber hinaus noch vielen deutschen Arbeitern Brot geben können, wenn kein Sanitätssteingut mehr aus England bezogen wird. Sie übersieht ferner, daß das Geld, das im Lande bleibt, nicht nur den deutschen Kapitalisten, sondern der gesamten Bevölkerung zugute kommt. — Die Leser der „Ameise“ werden es nicht verstehen, daß ein deutsches Arbeiterblatt einem Volke beispringt, daß uns zu blutigem Kampfe gezwungen hat, nur um unsere blühende Industrie und damit die Erwerbsquelle von Millionen deutscher Arbeiter zu vernichten.“

Mit dieser Erwiderung ist die in unserer Notiz angegebene Tatsache nicht aus der Welt geschafft. Jeder Arbeiter weiß, daß ihm die Arbeitslosigkeit Opfer kostet, selbst dann, wenn er nach kurzer oder längerer Zeit in einem anderen Orte wieder Arbeit findet. Die „Keramische Rundschau“ will nun allerdings die deutschen Arbeiter nicht außer Arbeit bringen, sondern vielmehr die englischen Kapitalisten vertreiben. Ob aber ein solches Experiment in der jetzigen Zeit, in der die Erwerbsverhältnisse im Vrgen liegen, angebracht ist, möchten wir bezweifeln.

Daß Sanitätssteingut aus England während des Krieges eingeführt wird, ist wohl ausgeschlossen. Und wie es damit nach dem Kriege wird, darüber brauchen wir uns jetzt die Köpfe nicht zu zerbrechen. Der Krieg ist ein vorübergehender Zustand. Nach dem Friedensschluß müssen die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und England wieder angeknüpft werden, trotz aller chauvinistischen Hegeleien diesseits und jenseits des Kanals. Was würden z. B. die deutschen Porzellanindustriellen sagen, wenn in England und in seinen Kolonien ... Zukunft kein deutsches Porzellan mehr gekauft würde?

Treffend schreibt zu diesem Thema das „Correspondenzblatt“, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in einem Artikel in Nr. 38 vom 19. September:

„Auch sonst machen sich häufig Konkurrenztreiberien bemerkbar, die stark an die Grenze des Begriffes „unlauter“ streifen. Sie sind um so widerlicher, je mehr sie sich in den Mantel des Patriotismus hüllen. So wird die gesamte Tagespresse seit dem Kriegsausbruch mit verstärkter Kraft gegen Unternehmungsfirmer bearbeitet, die sich ganz oder teilweise in Händen ausländischer, einer feindlichen Nation angehöriger Kapitalisten befinden. Der Streit in der Pneumatikindustrie, in der Zigarrenindustrie u. a. mehr wird mit den widerlichsten Mitteln geführt. Wenn Gastwirte, Kaffeehausbesitzer, Barbier oder Modewarenhändler schleunigst ihre fremdsprachlichen Firmenschilder oder Verkaufsmarken mit vaterländisch klingenden vertauschen, so kann man über diesen Geschäftseifer schließlich noch lächeln, weil er niemand schadet. Wenn aber systematisch der Boykott über die Erzeugnisse gewisser Firmen verhängt wird, die in deutsche Handelsregister eingetragen sind und deutsche Arbeiter und Angestellte beschäftigen, so muß solchen Störungen des heimischen Erwerbslebens mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Denn durch solche Maßnahmen werden Tausende von Arbeitern in Erwerbslosigkeit und Not gestürzt. Diese überschwenglichen Vaterlandsfreunde, die nach solchen Betriebsperrungen schreien, haben nichts dagegen, daß nach wie vor deutsche Milliarden für Lebensmittel, Rohstoffe und fertige Erzeugnisse nach dem Ausland getragen werden, daß ausländische Erfindungen durch Lizenzen in Deutschland ausgenutzt werden. Sie denken nicht daran, englische oder belgische Gas- und Wassergesellschaften, Straßenbahngesellschaften usw., die hier noch vielfach im Betriebe sind, zu boykottieren; denn man kann nicht von heute auf morgen auf deren Dienste verzichten. Aber ausländische Industriekonkurrenz verträgt dieser Patriotismus nicht. Gegen den Zigarrentrust hat er es glücklich durchgesetzt, daß Trustfabrikate von der Heeresversorgung ausgeschlossen worden sind. Wer die Lage der Tabakarbeiter kennt, weiß auch, daß der Krieg gerade diesen Beruf in schwere Bedrängnis gebracht hat. Der Privatbedarf wird überall erheblich eingeschränkt und eine kleine Erleichterung von der ungeheuren Sorgenlast bringen lediglich die Heereslieferungen und Liebesgaben, deren Erzeugung möglichst gleichmäßig auf alle Bezirke der Tabakindustrie verteilt werden soll. Die Ausschließung der Trustfabriken von diesen Lieferungen schädigt am allermeisten die Arbeiterschaft dieser Betriebe. Man sollte sich doch wirklich damit begnügen, daß der Bundesrat alle Firmen, die sich in Händen von Ausländern befinden, während des Krieges unter eine besondere Verwaltungsaufsicht gestellt hat, um nachteilige Geschäftspraktiken und vor allem den Abfluß deutscher Kapitalien ins Ausland zu verhüten. Jeder Sonderkrieg, der den Erwerbsfrieden im Innern bedroht, ist entschieden von Uebel, — das gilt auch für Eifersüchteleien der Unternehmer, die schließlich doch nur auf Kosten ihrer Arbeiter ausgetragen werden.“

Im Handelsteil des „Berliner Tageblatt“ wird zu der Sache geschrieben:

„Nach alledem wird man die Boykottbestrebungen gegen fremde Unternehmungen in Deutschland nicht unbesehen gutheißen können, will man nicht in den englischen Fehler verfallen, über dem blinden politischen Haß den Sinn für die wirtschaftlichen Realitäten zu verlieren. Man wird die Motive jedes Verbrauchers verstehen, der in der jetzigen Zeit deutsche Waren vor den ausländischen bevorzugt. Man wird sich aber hüten müssen, dort ein plötzliches Zerreißen aller internationalen Beziehungen und Abhängigkeiten anzuraten, wo nur eine ganz allmähliche Gewöhnung in Produktion und Konsum der inländischen Waren restlos an Stelle der ausländischen setzen kann. Wir dürfen bei alledem nicht vergessen, daß auch deutsche Unternehmungen im feindlichen Auslande vielfach Tochter- und Zweigfabriken besitzen, daß diese, wenn man ihre Summe zieht, vielleicht einen größeren Posten in unserer wirtschaftlichen Rechnung darstellen, als die ausländischen Unternehmungen in Deutschland. Wenn gleich nun, namentlich in der ersten Kriegswoche, Nachrichten eingetroffen sind, die von einer Beeinträchtigung oder Suspendierung mancher deutschen Unternehmungen im Auslande gesprochen haben, so sind doch gerade in letzter Zeit auch Meldungen zu uns gelangt, aus denen hervorgeht, daß deutsche Betriebe in manchen feindlichen Staaten in ihrer Arbeit nicht behindert werden, allerdings wohl hauptsächlich deshalb, weil diese Länder die Fabrikate dieser deutschen Unternehmungen nicht entbehren können. Zum mindesten, soweit dieses letztere auch für die Produkte in Deutschland arbeitender ausländischer Betriebe zutrifft, sprechen

Klugheit und nationales Interesse dafür, daß wir uns vor den Uebertreibungen eines kurzfristigen Chauvinismus fernhalten."

Marktrecht. Während ein Teil der Unternehmer in der Porzellanindustrie in anerkennenswerter Weise für teilweise Beschäftigung der Arbeiter Sorge trägt oder Gelder zur Vinderung der durch den Kriegszustand hervorgerufenen Not ausgibt, sucht die Firma Jäger & Co. aus der allgemeinen Notlage ein Extrageschäft zu machen. Die Firma reduzierte die Löhne der Schleifer um 25 Proz. und mutete den Drehern ebenfalls zu, 25 Proz. billiger als bisher zu arbeiten. Wir registrieren diese Tatsache in der sicheren Annahme, daß sie keine Nachahmer findet, daß es vielmehr alle anderen Unternehmer als selbstverständlich betrachten, den Burgfrieden während der Kriegsdauer zu wahren.

Die Herbstmesse in Leipzig war, wie zu erwarten, von Ausstellern wie Einkäufern sehr schwach besucht, so daß sich die Abhaltung der Messe als ein vollständiger Fehlgriff erwiesen hat. Ausländer fehlten vollständig.

Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther A.-G. in Selb. In der Generalversammlung teilte der Aufsichtsratsvorsitzende, Geh. Kommerzienrat Dr. Strupp mit, um die Arbeiter nicht brotlos zu machen, werde der Betrieb an fünf Wochentagen täglich 5 Stunden aufrecht erhalten. Viele Arbeiter seien zu den Fahnen einberufen, die Nachfrage nach Porzellan habe aufgehört, die meisten Fabriken arbeiteten nur, bis die angefangene Ware fertiggestellt sei. Nach dem Kriege werde auf große Nachfrage gerechnet. Die Aufträge in technischen Artikeln, besonders in der elektrischen Abteilung reichten für Vollbeschäftigung der Fabrik nicht aus.

Der Verband deutscher Porzellanfabriken zur Wahrung keramischer Interessen (Sitz Berlin) hat mit den Organisationen der Händler eine Besprechung abgehalten zum Zwecke der Möglichkeit teilweiser Aufrechterhaltung der Betriebe. In dieser Besprechung waren Fabrikanten und Händler einmütig der Ansicht, daß die Betriebe der Porzellanfabriken bis auf weiteres aufrecht erhalten werden müßten. Nach Besprechung der technischen Einzelheiten wurde einstimmig ein Beschluß gefaßt, durch welchen den Händlern die Zahlung erleichtert, den Fabrikanten aber ermöglicht wird, mit ihren Lieferungen zu beginnen. Zu wünschen wäre, daß das verbrauchende Publikum die Porzellanindustrie dadurch unterstützte, daß es, soweit es die Mittel gestatten, die in letzter Zeit geübte Zurückhaltung in Einkäufen auf diesem Gebiet aufgibt.

Versammlungs-Berichte etc.

Waldenburg. Zuschußkasse deutscher Porzellanmaler.
Kassenabluß pro 3. Quartal 1913/14.
Einnahme.

Beiträge	1898,45	Mk.
Kapitalverkehr	2001,56	"
Außerordentliche Einnahmen	2,60	"
Kassenbestand vom 2. Quartal	24064,50	"
Summa	27967,11	Mk.

Ausgabe.

Krankengeld	1924,50	Mk.
Sterbegeld	90,-	"
Kapitalverkehr	2574,78	"
Verwaltung der Zahlstellen	88,88	"
Verwaltung der Hauptkasse	25,33	"
Außerordentliche Ausgabe	19,08	"
Kassenbestand	23244,54	"
Summa	27967,11	Mk.

Vermögensübersicht.

Sparkastenbuch Nr. B. 101	20748,64	Mk.
Sparkastenbuch Nr. 832	2167,89	"
Aushilfe an die Zahlstellen	210,-	"
Kassenbestand	118,01	"
Summa	23244,54	Mk.

Waldenburg, 4. 10.

Herm. Schaubert, Kassierer.

Adressen-Veränderungen

Bunzlau. Sch. Johann Wagner, Wl. — P. Herr. Gerber, Wl.
Kadberg. No. Paul Herfter, Wl., Zangestr. 9.
Schwarzenberg i S. Rff. Max Müller, Auerstr. 14.
Zwickau. St. August Kohl, Äußere Leipzigerstr.

Sterbetafel.

Eilenberg. Karl Birnbaum, Wl., geb. 30. August 1859, gest. 4. September an Lungentuberkulose. Letzte Krankheitsdauer 33 Wochen. Verbandsmitglied seit 30 Jahren.

Judenbach. Eduard Scheler, Wl., geb. 11. Januar 1868 hier, gest. 18. September an Lungen- und Nierenleiden. Letzte Krankheitsdauer 3 Wochen.

Wunfledel. Ludwig Lang, Wl., geb. 1. November 1894, gest. 6. September an Lungentuberkulose. Krankheitsdauer 17 Wochen.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Huma. Sonnabend, 3. Oktober, 7 1/2 Uhr, bei Senff.
Charlottenburg. Sonnabend, 10. Oktober, 8 1/2 Uhr, Rosinenstr. 3. Erscheinen aller notwendig!
Frankfurt a. M. Sonnabend, 10. Oktober, 8 Uhr, Gr. Rittergasse 56.
Fraureuth. Sonnabend, 10. Oktober, 8 Uhr, in Volkstädts Restaurant.
Großbreitenbach. Sonnabend, 3. Oktober, 9 Uhr, im Goldenen Hirsch.
Kahla. Sonnabend, 3. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Rosengarten.
Kronach. Sonnabend, 3. Oktober, 5 Uhr, im Banr. Hof.
Leipzig. Sonnabend, 10. Oktober, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zeigerstr. 82.
Magdeburg. Sonnabend, 3. Oktober, 8 Uhr, b. Donnig, Fabrikstraße 5/6.
Ciefenfurt. Sonnabend, 3. Oktober, 8 Uhr, in der Brauerei. Versammlung und Auszahlen der Unterstützung.

Anzeigen

Die Quartalsabchlüsse werden fertiggestellt: in **Arzberg** am 7. Oktober, in **Neuhans Ars.** Sonneberg am 11. Oktober.

Paul Spitzer, Wl., zuletzt in Herrsching, wird dringend um Angabe seiner Adresse ersucht.
Jakob Gebert, München, Rosenheimerstr. 119 III.

Preis der 2 gespaltenen
Beitragzelle 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Vorausbezahlung
ist Bedingung

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Bergolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann,** Stadtilm i. Thür.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Zahl
woll
grossen
Umsatz
höchste
Preise



Edel-
Metall-
Schmelze
Gegründet
1896

Otto Seifert, Zwickau S.

Goldhaltige Malrückstände

kauft Firma

M. Köhler, Dresden, Wettiner-Straße 20.

Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und iontige goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhme, Eilenberg S.-H. Ältestes Geschäft dieser Art.
NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 2,50 Mk.

Gold-, Silber- und Platinabfälle

als Schmiere, Äsche, Lappen, Stupfer, Pinsel, Näpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend

Max Haupt, Dresden-H., Böniichplatz 17.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Baustraße 22.